

Resolution

„Der Bürgermeister der Stadt Preußisch Oldendorf wird beauftragt den Vorstand und den Verwaltungsrat der Mühlenkreiskliniken sowie die Mitglieder des Kreistages des Kreises Minden-Lübbecke dazu aufzufordern, die vor kurzem im Entwurf veröffentlichten Planungen unter folgenden Zielsetzungen zu überarbeiten:

Für die Stadt Preußisch Oldendorf, wie für alle Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, ist die Gewährleistung einer wohnortnahen stationären Gesundheitsversorgung elementar für die zukünftige Stadtentwicklung. Aufgabe des Kreises und damit auch der Mühlenkreiskliniken sollte es daher sein, alle Städte und Gemeinden im Kreis Minden-Lübbecke dabei zu unterstützen ein angemessenes Angebot dieser wohnortnahen stationären Gesundheitsversorgung nachhaltig und zukunftsfähig anzubieten.

Dieses wohnortnahe Angebot sieht die Stadt Preußisch Oldendorf durch die geplante Schließung der Notfallversorgung im Krankenhaus Rahden und der damit verbundenen zusätzlichen Belastung für die Notfallversorgung im Krankenhaus Lübbecke als gefährdet an. Bereits jetzt berichten Bürgerinnen und Bürger von teilweise sehr langen Wartezeiten in diesem Bereich, die sich sicher weiter verschärfen werden, wenn die Planungen wie veröffentlicht umgesetzt werden sollten.

Auch ist für die Stadt Preußisch Oldendorf als familienorientierte Kommune und als Wohnort für junge Familien die Schließung der Geburtsstation im Krankenhaus Lübbecke nicht akzeptabel. Ein Großteil der Preußisch Oldendorfer Eltern entscheiden sich bewusst für die Entbindung im Krankenhaus Lübbecke, mit dem kompetenten Team für eine wohnortnahe Geburt auch ohne direkte Anbindung an eine Kinderklinik. Je nach Wohnort und Verkehrslage ist eine Entbindung im Johannes Wessling Klinikum mit einer Fahrzeit von ca. 45 Minuten verbunden und damit mit einer erheblichen Belastung für Mutter und Kind dar, die mit einer Fortführung der Entbindungsstation im Krankenhaus Lübbecke vermeidbar ist.

Die Stadt Preußisch Oldendorf fordert daher alle Entscheidungsträger ausdrücklich auf, ihren Einfluss auf die Mühlenkreiskliniken geltend zu machen um ihrem Auftrag zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger im Kreis Minden-Lübbecke gerecht zu werden. Den im Verwaltungsrat der Mühlenkreiskliniken vertretenen Kreistagsmitglieder kommt dabei sicherlich eine besondere Verantwortung zu eine erhebliche Schwächung des westlichen Kreisgebietes bei der Gesundheitsversorgung zu verhindern.

“